

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

ZU:

Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - Drucksache 7/4212 vom 15.09.2021

und

Einzelplan 12 einschließlich Beilage - Ministerium der Finanzen und für Europa

- 2. Lesung -

Berichterstatterin:

Abgeordnete Marianne Spring-Räumschüssel (AfD)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den Entwurf des Einzelplanes 12 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen und den Entwurf der Beilage zum Einzelplan 12 unverändert in 2. Lesung annehmen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag hatte den Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - (Drucksache 7/4212) in seiner 51. Sitzung am 29. September 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und zur Mitberatung an alle Fachausschüsse überwiesen.

B. Beratung

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen befasste sich abschließend in seiner 40. Sitzung am 24. November 2021 mit dem Einzelplan 12 sowie mit der Beilage des Einzelplanes 12. An dieser Beratung nahmen u. a. die Ministerin der Finanzen und für Europa und der Präsident des Landesrechnungshofes teil.

Neben dem Einzelplan 12 und dessen Beilage lagen dem Ausschuss zur Beratung bzw. Entscheidung vor:

- die Stellungnahme des Ausschusses für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik,
- 2 gemeinsame Änderungsanträge von Ausschussmitgliedern aus der SPD Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 1 Änderungsantrag der Ausschussmitglieder aus der AfD-Fraktion,
- 2 Änderungsanträge des Ausschussmitglieds aus der Fraktion DIE LINKE und
- 1 Änderungsantrag des Ausschussmitglieds aus der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion.

Mit dem jeweiligen Mehrheitsbeschluss in Bezug auf Zuschüsse zur Förderung der europäischen Integration und europapolitischen Kommunikation sowie zur entwicklungspolitischen Projektförderung sorgte der Ausschuss für Haushalt und Finanzen - angeregt durch die Beschlusslage im Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik - dafür, dass die diesbezüglichen Ausgaben wieder auf das Niveau der Vorjahresausgaben gehoben werden. Die erforderlichen Ausgaben in Höhe von 24.000 Euro werden im Einzelplan 12 erwirtschaftet und erhöhen die Gesamtausgaben somit nicht. Die Anpassung der Erläuterungen stellt eine notwendige Folgeänderung dar.

Sowohl vonseiten der Fraktion DIE LINKE als der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion bestand ebenfalls die Absicht, den Ansatz zur Förderung der europäischen Integration und europapolitischen Kommunikation auf das Vorjahresniveau zu bringen. Der Unterschied zu der im Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zum Ausdruck kommenden Absicht bestand darin, dass auch die Änderung der Erläuterungen angestrebt und eine eher haushaltsbelastende Deckungsquelle benannt wurde. Mit der Ablehnung dieser beiden Änderungsanträge entschied sich der Ausschuss für die haushaltsschonende Zweckerfüllung.

Ebenfalls wegen der Deckungsquelle erfuhr der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Erhöhung der Zuschüsse für entwicklungspolitische Projektförderung keine Zustimmung.

Der mehrheitlich abgelehnte Änderungsantrag der AfD-Fraktion bezweckte Einsparungen bei Zuschüssen für Nichtregierungsorganisationen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

Mehrheitlich bei fünf Gegenstimmen beschloss der Ausschuss für Haushalt und Finanzen, dem Landtag den Einzelplan 12 in der Fassung der Ausschussbeschlüsse und die Beilage zum Einzelplan 12 in unveränderter Fassung zur Annahme in 2. Lesung zu empfehlen.

Die Einzelheiten des Beratungsergebnisses (Veränderungsnachweis) sind aus der beigefügten Anlage 1 zu ersehen. Eine Übersicht aller vorliegenden Änderungsanträge, einschließlich der einzelnen Abstimmungsergebnisse, kann Anlage 2 entnommen werden.

Anlagen

- Anlage 1: Veränderungsnachweis zum Einzelplan 12
- Anlage 2: Übersicht Änderungsanträge
- Anlage 3: Angenommene Änderungsanträge
- Anlage 4: Abgelehnte Änderungsanträge
- Anlage 5: Stellungnahme des Ausschusses für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik (ohne Anlagen)